**Ressort: Politik**

# Politiker-Streit über Schülerdemos gegen Klimawandel

Berlin, 10.03.2019, 08:13 Uhr

**GDN -** Wenige Tage vor den großen internationalen Schülerstreiks spalten die Klimademonstrationen die Politik. FDP-Chef Christian Lindner plädierte jetzt dafür, die Proteste in die Freizeit zu verlegen: "In der Unterrichtszeit sollten sie sich lieber über physikalische und naturwissenschaftliche sowie technische und wirtschaftliche Zusammenhänge informieren", sagte Lindner der "Bild am Sonntag".

Er sei für Realitätssinn. "Von Kindern und Jugendlichen kann man nicht erwarten, dass sie bereits alle globalen Zusammenhänge, das technisch Sinnvolle und das ökonomisch Machbare sehen. Das ist eine Sache für Profis." Ganz anders sieht das Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Der Sonntagszeitung sagte sie: "Ich finde es gut, dass diese angeblich so unpolitische Generation den Mund aufmacht und auf die Straße geht." Der Weckruf der Schüler käme gerade noch rechtzeitig, noch ließe sich der Schalter umlegen. "Ich bin dafür dankbar." Die Ministerin hatte im Februar einen ersten Entwurf für ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, welches Lindner jetzt scharf kritisiert: "Svenja Schulze versucht sich an ihrem Schreibtisch mit weltfremden Ein-Jahres-Plänen für den Klimaschutz. Das ist schlimmer als in der DDR", sagte er. "Wenn wir die Menschen bei diesem Thema nicht mitnehmen, werden viele Autofahrer ihre Gelbwesten in Zukunft nicht nur bei Pannen anziehen, sondern auch zum Demonstrieren." Der FDP-Vorsitzende verlangte einen "marktwirtschaftlichen und damit günstigeren Weg, um das Klima zu retten". Als Beispiel nannte er eine Besteuerung von "Klimagasen". Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für die "Bild am Sonntag" findet eine Mehrheit von 55 Prozent der Deutschen es richtig, dass die Schüler während der Schulzeit demonstrieren, 44 Prozent halten das für falsch. Gleichzeitig sagen 63 Prozent, dass Deutschland zu wenig tut, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Nur 22 Prozent finden, Deutschland tut genug, acht Prozent denken, Deutschland tut zu viel. Unterstützung bekommen die Schüler auch vom Direktor des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer: "Die protestierenden Schüler haben recht: Es ist dringend. Wir müssen bis 2030 die Klimawende schaffen. Sonst hat das Folgen für Jahrhunderte. Es geht um Generationengerechtigkeit. Wir Erwachsenen sind verantwortlich für das Problem, wir müssen es lösen." Kritik an den Protesten übte dagegen der CDU-Abgeordnete Philipp Amthor. Er plädierte dafür, die Proteste außerhalb der Schulzeit abzuhalten und schloss sich der prinzipiellen Kritik Lindners an. "Die Antworten auf den Klimawandel sind zu komplex für ein Protestplakat. Man muss aufpassen, dass man nicht unrealistisch wird. Wir sind eine der modernsten Industrienationen der Welt. Da kann man nicht einfach alle Kraftwerke durch Sonne, Wind und ein bisschen Kuhmist ersetzen", sagte Amthor der "Bild am Sonntag".

**Bericht online:**
https://www.germandailynews.com/bericht-121309/politiker-streit-ueber-schuelerdemos-gegen-klimawandel.html

**Redaktion und Veranwortlichkeit:**
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

**Haftungsausschluss:**
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

**Editorial program service of General News Agency:**
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619